

Tabak-Arbeiter

Mr 18 / Bremen, den 28. März 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
 — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Fringerlohn. — Einzelgenusspreis 50 Goldpfennig für die viergespaltene Beilage. — Schlag der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
 — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, Via der Welte 201, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibebungen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Kaufmännervereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsausführung: L. Schöne, Hamburg, Waisenbühlhof 67, Zimmer 46/46.

Bilanz der Weltwirtschaft

Die europäischen Wirtschaftsländer haben in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Reorganisation einen starken industriellen Aufschwung genommen, so daß die großen durch den Krieg und die Währungszerüttung entstandenen Material- und Wertverluste fast überwunden und der normale Fortschritt der Produktivität wieder erreicht zu sein scheinen. Demgegenüber beweist die unvermindert starke Arbeitslosigkeit und die Absatzschwierigkeiten in den einzelnen Industriezweigen, daß ein Gleichgewichtszustand noch nicht wiederhergestellt ist. Das Grundproblem der heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt also nicht auf dem Gebiet der Produktion, sondern auf dem der Verteilung und Konsumtion. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man zu dem Völkerbundsmemorandum über die statistische Entwicklung von Bevölkerung, Grundstoffproduktion und Weltaußenhandel bei aller Achtung vor der großen umfangreichen Arbeitsleistung kritisch Stellung nehmen.

Die Denkschrift beschränkt sich notwendigerweise auf die zahlenmäßige Erfassung der sogenannten Grundstoffe (Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe), da Produktionsstatistiken der Fertigwaren in vielen Ländern noch gar nicht oder in nicht zuverlässiger Form vorhanden sind. Im ganzen gesehen läßt sich jedoch von der Entwicklung der Grundstoffproduktion auch auf die Zu- oder Abnahme der weltwirtschaftlichen Produktivität schließen, da die produzierten Grundstoffe fast durchgängig Verarbeitung finden oder dem Konsum zugeführt werden, und nur in einigen wenigen Produktionszweigen Weltvorräte über den vorhandenen Verbrauch sich ansammeln. Bei der Beurteilung der nachstehend wiedergegebenen Aufstellung muß man sich freilich vergegenwärtigen, daß statistische Ergebnisse bei so großen zahlenmäßigen Zusammenfassungen notwendigerweise an Exaktheit einbüßen, daß ferner in dieser Untersuchung nach Kontinenten nur geographische Ländergruppen, die jedoch in einzelnen durchaus nicht wirtschaftliche Einheiten darstellen, betrachtet werden.

Weltbevölkerung, Grundstoffproduktion und Welthandel

Gebiet	Bevölk. m v. H. v. 1913	Grund- stoff- prod.		Anteil Außen- hand- volum. am Welt- handel	
		m v. H. 1913	1925	1925	1925
Gesamteuropa mit Rußland	98	89	38,5	89	49
Europa eghl. Rußland . . .	101	92	30	94	50
Nordamerika	114	116	28,5	137	18,5
Südamerika	122	119	7	97	8
Asien	105	126	2,5	99	4
Ozeanien	103	128	22	136	16
Welt inkl. Mittelamerika .	113	118	1,5	132	3,5

Es zeigt sich zunächst, daß dem Bevölkerungszuwachs von 4 v. H. im Jahre 1924 gegenüber 1913 eine Vermehrung der Grundstoffproduktion von 7 v. H. entspricht, wobei man berücksichtigen muß, daß wir in diesem Jahr ein ganz besonders schlechtes Ernteergebnis in fast allen Wirtschaftsgebieten hatten, während das Jahr 1925 mit seinen relativ guten Yelernten bereits eine Gesamtsteigerung von 17 v. H. gegenüber dem Vorkriegsniveau aufweist. Nach einer Durchschnittsrechnung müßte sich demnach der Gesamtversorgungsstand der Welt im Jahre 1925 bereits um etwa 11 v. H. gehoben haben. In den einzelnen Kontinenten zeigt sich dabei folgende Entwicklung: Europa einschließlich Rußland weist bei stationärer Bevölkerungsziffer selbst im Jahre 1925 noch immer einen Rückgang an produzier-

ten Grundstoffen auf, während Gesamteuropa ohne Rußland in diesem Jahre seine Grundstoffproduktion entsprechend dem Bevölkerungszuwachs um 5 v. H. gesteigert hat. Die außereuropäischen Länder weisen jedoch eine viel stärkere Grundstoffvermehrung auf, die weit über den viel bedeutenderen Bevölkerungszuwachs hinausgeht. Besonders auffallend ist die große Steigerung der Produktivität in Nord- und Südamerika, die 1925 bereits einen größeren Anteil an der Weltgrundstoffproduktion hatten als Europa, das in den Vorkriegsjahren eine weit höhere Gesamtproduktion aufwies. Die Denkschrift begnügt sich freilich mit der Feststellung, daß immerhin auch in Europa die Steigerung der Produktion dem Bevölkerungszuwachs entspricht und vergißt dabei zu berücksichtigen, daß das europäische Wirtschaftsgebiet auf den Bezug fremder Grundstoffe in höherem Maße als auf die eigenen angewiesen ist. Es wäre also zu untersuchen gewesen, ob Europa in steigendem Umfange die außereuropäischen Rohstoffe bezieht und verarbeitet, und ob die gesteigerte Zufuhr mit einem wachsenden Industrieexport kompensiert. Das Gegenteil hiervon scheint der Fall zu sein, wie es der sinkende Anteil Europas am Welt-handelsvolumen beweist. Nach den Berechnungen des Memorandums hat der Welthandel im Jahre 1924 annähernd den Stand der Vorkriegszeit erreicht und im Jahre 1925 bereits um schätzungsweise 5 v. H. überschritten, der Anteil Europas ist jedoch auch bei Ausschaltung Rußlands im Jahre 1924 um 11 v. H. gesunken und bleibt im Jahre 1925 noch immer um 6 v. H. gegenüber dem Vorkriegsniveau bei Abzug der Umsätze, die im Vorkriegshandel auf die ehemals zusammengehörigen Gebiete entfallen, um mehr als 10 v. H. zurück, während die außereuropäischen Gebiete die entgegengesetzte Entwicklung aufweisen. Trotz bedeutend gestiegenem industriellen Eigenverbrauch der produzierten Grundstoffe mit der steigenden Entwicklung eigener Industrien ist in diesen Ländern eine bedeutende Steigerung des Außenhandels eingetreten, die aus dem erhöhten Güterausstausch speziell zwischen den amerikanischen Ländern und den Gebieten des fernen Ostens im wesentlichen resultiert. Die Vermehrung der Grundstoffproduktion dürfte also ausschließlich den außereuropäischen Staaten zugute gekommen sein und hat in diesen zu einer Erhöhung des Versorgungsstandes, sowie einer Vermehrung ihres Güterausstausches geführt, während in Europa Konsumrückgang mit einem Ein-schrumpfen des Handelsvolumens festzustellen ist.

Bei einer Betrachtung der Entwicklung der einzelnen Zweige der Grundstoffproduktion zeigt sich ferner noch eine zweite Abweichung von der Regel in dem ungünstigen Verhältnis zwischen Entwicklung der Weltproduktion von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen, die an der folgenden Tabelle verdeutlicht wird:

Die Weltproduktion in Grundstoffen 1924-25

	1924		1925	
	in v. H. v. 1913			
Cerealien	102	105	33	29
Kolonialwaren, Tabak usw. .	119	120	10	8,5
Getreiden, Speise usw. . . .	117	132	19	16
Textilien	112	126	10	14,6
Gummi	360	388	—	—
Düngemittel und Chemikalien	117	131	56	56
Metalle	101	116	48,5	32
Brennstoffe	117	117	44	35

Prozentualer Anteil Europas an der Weltproduktion

Wer gegen die Abbaubestrebungen der Zigarrenfabrikanten und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, muß für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband werben!

Die Vermehrung an Agrarprodukten entspricht selbst in dem vorzüglichen Erntejahr 1925 gerade dem Bevölkerungszuwachs, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der Prozentsatz, der auf Brotgetreide entfällt, noch niedriger ist, und die Erhöhung im wesentlichen auf die große Steigerung des Zuckerverbrauchs (40 v. H. über dem Vorkriegsverbrauch) sowie den gestiegenen Anbau von Mais und Reis zurückzuführen ist. Die Erhöhung in dem Sammelposten Kolonialwaren resultiert aus dem bedeutend gestiegenen Verbrauch von Kakao, Tee und Tabak, die Steigerung im dritten Posten aus dem erhöhten Verbrauch von Speiseöl. Bei den Textilrohstoffen ist die Steigerung ausschließlich auf die außergewöhnlich gestiegene Verwendung von Kunstseide (zirka das Achtefache der Vorkriegszeit) zurückzuführen, während die Ernte von Flachs und Jute noch nicht das Vorkriegsniveau erreichte, und die Baumwollproduktion, die nur wenig über dem Vorkriegsniveau liegt, vom Konsum nicht voll aufgenommen werden kann. Besonders auffallend ist die enorme Steigerung der Kautschukproduktion; die Metallproduktion hat, nachdem die großen Vorräte des schärfsten Krisenjahres 1921 in den folgenden Jahren allmählich verbraucht wurden, insgesamt auch eine Vermehrung um zirka 15 v. H. erfahren, speziell durch den wachsenden Verbrauch von Kupfer für die Elektroindustrie und die enorm gestiegene Aluminiumfabrikation. Europa weist jedoch gerade in der Metallproduktion noch immer einen Rückgang von 20 v. H. gegenüber 1913 auf. Bei den Brennstoffen endlich ist die Steigerung ausschließlich auf die große Vermehrung des Petroleums zurückzuführen, während die Kohlenförderung, selbst bei Berücksichtigung der gestiegenen Braunkohlenverwendung noch immer nicht das Vorkriegsniveau erreicht hat. Im ganzen zeigt sich also die bereits oben erwähnte Tendenz eines relativen Rückbleibens der Nahrungsmittelproduktion gegenüber den verwandten Industrierohstoffen, und es liegt der Schluß nahe, daß auch die nur geringe absolute Steigerung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel auch nur zu einem gestiegenen Verbrauch in außereuropäischen Ländern geführt hat, daß also der europäische Versorgungsstand auch in bezug auf den primären Nahrungsmittelkonsum unter dem Vorkriegsniveau liegt. Ueber den Grad dieses Rückganges könnte freilich nur eine Verbrauchsstatistik, die auch zur Beurteilung des statistischen Materials über Produktions- und Handelsvolumen ergänzend notwendig ist, Aufschluß geben. Leider aber werden diese Fragen von der Denkschrift, die einseitig nur die Produktions- und die Handelsbeziehungen betrachtet, nicht berührt.

Während in außereuropäischen Ländern mit der Entwicklung des Produktionsapparates auch eine Ausweitung des Binnenmarktes durch die gestiegene Konsumkraft der Bevölkerung stattfand, hat sich in Europa ein starkes Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Produktionsmittelindustrien und der Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung für die Endprodukte herausgebildet, in dem zu einem bedeutenden Teile die heutigen Schwierigkeiten der europäischen Wirtschaft begründet sind. Es ist daher bedauerlich, daß diese grundlegende Untersuchung zur Vorbereitung der Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz, die ja letzten Endes die praktische Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorbereiten soll, dieses Grundproblem bei ihren umfangreichen Betrachtungen ganz außer acht läßt.

Wissenschaft und Industriearbeiterschaft

Von den Fächern der Wissenschaft ist es die Nationalökonomie, die sich, teils in der Wirtschaftstheorie, teils in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der Industriearbeiterschaft und den Gewerkschaften wissenschaftlich befaßt.

Schon der französische Forscher Sismondi hat in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts die wirtschaftliche Not der breiten Massen in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen gestellt. Der deutsche Nationalökonom Rodbertus erkannte um dieselbe Zeit die soziale Gefahr, die durch die Industrieentwicklung drohte, und formulierte das „Eiserne Lohngesetz“, das dann Lassalle agitatorisch verwertete. Seitdem wandte sich die Wirtschaftswissenschaft immer mehr der Arbeiterfrage zu. Wohl den Höhepunkt bildete Marx, der nicht nur theoretische und parteipolitische Absichten verfolgte, sondern durch seine ein-

gehenden historisch-monographischen Darstellungen der grausamen Arbeitsverhältnisse in der englischen Baumwollindustrie die Notwendigkeit weitgehenden staatlichen Arbeiterschutzes propagieren wollte. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es auf bürgerlicher Seite die sogenannten Kathedersozialisten, welche die Notwendigkeit einer fortschrittlichen Sozialpolitik eindringlich wissenschaftlich begründeten. Damals erstand unter Schmollers Führung der „Verein für Sozialpolitik“, Brentano begann seine Untersuchungen über die englischen Gewerkschaften, die „Gesellschaft für soziale Reform“ wurde geschaffen. Es gab keinen volkswirtschaftlichen Forscher, der ernst genommen werden wollte und die Notwendigkeit weitgehender sozialpolitischer Maßnahmen zugunsten der Industriearbeiterschaft abgelehnt hätte.

Das wurde nach dem Kriege völlig anders. Die Erschwerung der wirtschaftlichen Verhältnisse spitzte die Klassengegensätze zu und trug Klassenkampf und Klassenhaß in die Wissenschaft hinein, wo sie vorher kaum wirksam gewesen zu sein schienen. Professoren von anerkanntem Rufe, wie Ludwig Pohle, Julius Wolf, Ludwig Bernhard — von Leuten wie Dunkmann gar nicht zu reden — verwarfen ein Eintreten für die Arbeiter als die nur „angeblich“ schwächere Partei, bekämpften den Klassenkampf, die Gewerkschaften und den Arbeiterschutz. Uns allen ist in besonders schmerzhafter Erinnerung der Unfall Herkners, des damaligen Vorsitzenden des Vereins für Sozialpolitik, dessen mutiges Eintreten für die Sache der Arbeiter vor dem Kriege wir noch nicht vergessen hatten, und der nun offen in das Lager der Arbeitgeber übertrat. Neukerst charakteristisch für diesen Stimmungsumschwung in der Wissenschaft war die Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik. Hier wandten sich alle führenden Wissenschaftler von der „Arbeiterfrage“ ab, die „nicht mehr besteht“ (Prof. Adolf Günther). Man verneinte ohne Umschweife die Notwendigkeit von Staatseingriffen zugunsten der Industriearbeiter und wollte nichts mehr von der großen sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung ihrer Selbsthilfe wissen. Daß der Klassenkampf in die Wirtschaftswissenschaft eingezogen ist, zeigt sich in der Stellungnahme ihrer Vertreter zum Achtstundentag und den anderen sozialpolitischen Gesetzen, zeigt sich in ihrer Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung und endlich in ihren wirtschaftspolitischen Ratschlägen zur Behebung unserer Krisis. Nur die beiden letzten Tatsachen sollen uns im folgenden beschäftigen, denn sie wurden in den letzten Wochen eifrig diskutiert.

Die bürgerliche Wissenschaft findet allgemein, daß die öffentliche Bedeutung der Gewerkschaften überschätzt werde. Man beliebt u. a. zu behaupten, die industrielle Konzentration binde den Arbeitnehmer mehr als bisher an das einzelne Werk. Er müsse sich daher auch organisatorisch mehr mit dem Werk selbst verknüpfen, statt innerhalb seines Berufes, mit anderen Worten: die Idee des Werkvereins wird gegen die Gewerkschaft ausgespielt. So ungefähr Prof. Brauer, der übrigens aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangen ist, in einem Aufsatz in der „Sozialen Praxis“. Man vergißt jedoch völlig, daß gerade die nationale und internationale Zusammenschlußbewegung der Industrie die Arbeitnehmerschaft in zweifacher Richtung zur tatsächlichen Neuorientierung antreibt. Einmal doch gerade im überbetrieblichen Sinne. Eine ganz starke Zentralisierung der Gewerkschaften im mindestens europäischen Ausmaß ist doch wahrhaftig die nächstliegende Konsequenz. Dann natürlich macht ein Trust, der etwa seine Branche ganz erfasst und trotzdem ein zusammenhängendes Werk darstellt, auch eine stärkere Einstellung der Arbeiter auf ihr Unternehmen nötig. Aber doch selbstverständlich nur mit Hilfe der Gewerkschaften durch einen Ausbau des Betriebsrätegesetzes, also unter Wahrung und Stützung der zentralistischen gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Arbeiter, nicht aber durch Förderung der von den Unternehmern ausgehaltenen und kontrollierten Werkvereine, wie es zwar nicht Prof. Brauer direkt ausspricht, aber doch andeutet, und wie es Leute vom Schlage Dunkmanns und Hornesfers ausdrücklich verlangen.

Neben diesen wirtschaftlichen Gründen werden rechtliche geltend gemacht, um die Werkvereine zu stärken und die Gewerkschaften zu schwächen. In dieser Richtung hat sich in letzter Zeit vor allem Prof. Stier-Somlo betätigt. Er agitiert in teilweise demagogischer Weise gegen die „gewerkschaftlichen Mono-

In Deinem Betriebe gibt es noch Unorganisierte;

fordere sie auf, Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu werden!

Die besten Hilfstruppen der Unternehmer in ihrem Kampf gegen die Tabakarbeiter sind die Unorganisierten; hilf auch Du, ihre Zahl zu verringern!

polstellungen". Dabei denkt er u. a. an das neue Reichsknapp-schaftsgesetz vom 1. Juli 1926, das das Delegationsrecht für seine Körperschaften auf die Richtungsgewerkschaften beschränkt. Er meint, diese Bestimmung widerspreche den Artikeln 159 und 165 der Reichsverfassung, welche die „Vereinigungsfreiheit“ und die „Gleichberechtigung“ der Vereinigungen zur „Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ gewährleisten. Stier-Somlo versteht diese Artikel viel zu formal, seine weitgehenden Schlüsse führten in der Praxis zu den tollsten Ergebnissen. Denn es muß selbstverständlich dem Gesetzgeber erlaubt sein, bestimmte Rechte für Vereine an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen. Nach der Auffassung von Stier-Somlo kann man im Sinne der Reichsverfassung etwa einen Regelklub in München nicht daran hindern, für sich die gewerkschaftliche Vertretung der Angestellten der Wach- und Schließgesellschaft in Königsberg zu beanspruchen, denn alle Vereine haben ja zur „Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ die völlige „Freiheit“ und die „gleichen Rechte“. Das ist natürlich glatter Unsinn.

Aus einem sozialetischen Grunde kämpft der schon genannte Professor Brauer gegen die angebliche Monopolstellung der Gewerkschaften. Er hält es für einen „Willkürakt, dessen gesetzliche Gutheißung ein Schlag ins Gesicht des Rechtsempfindens ist“, wenn nur die Richtungsgewerkschaften das Benennungsrecht von Arbeitervertretern für öffentlich-rechtliche Körperschaften haben. Er wünscht, daß auch Verbände wie die „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie (Vela)“ oder der „Reichsverband der deutschen Volkswirte“ Arbeitervertreter etwa in den Reichswirtschaftsrat oder in die Gremien der Reichsknappenschaft schicken dürfen. Beide sind keine Arbeitervereinigungen; da in ihr Generaldirektoren, Unternehmernsyndizi und ähnliche Gruppen den Ausschlag geben, kommt sie höchstens als Unternehmervvertretung in Betracht. Eine andere Auffassung würde, wie Fritz Tarnow mit Recht in der „Sozialen Praxis“ feststellt, die Gewerkschaftssekretäre, die Stenotypistinnen beschäftigen, zwingen, sich als Unternehmer zu organisieren.

Aber auch Gründe der Gewerkschaftspolitik, der Gewerkschaftssoziologie werden von der bürgerlichen Wissenschaft gegen das Gewerkschaftsmonopol ins Feld geführt. So findet Brauer den Organisationszwang, wie er mit einem weiteren logischen Sprung das Gewerkschaftsmonopol nennt, „persönlichkeits- und darum kulturschädigend“. Er hält es darum auch in seiner Entwicklung für gewerkschaftsschädlich. Es ist ihm ein Ausfluß gewerkschaftlichen Schwächegefühls, ein Ueberbleibsel aus der Krisenzeit der Gewerkschaften, dem Jahre 1924. Dieser Seite des Problems wendet sich dann eingehender Prof. Heyde in seiner sozialen Praxis zu.

Er wünscht eine prinzipielle Aenderung des Wahlverfahrens für die Arbeitervertreter in öffentlichen Körperschaften. Er will, daß diese zwar von den Gewerkschaften als Kandidaten aufgestellt, aber dann, statt wie bisher, aus Vorschlagslisten amtlich berufen, in einem allgemeinen direkten Wahlverfahren, wie die parlamentarischen Vertreter bestimmt werden. Heyde sieht in der indirekten Wahl eine Gefährdung der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften. Und er verallgemeinert das Problem, indem er sagt: „Wir möchten, daß das Demokratieproblem in der Gewerkschaft neu durchdacht wird, wir möchten, daß man, wenn man keinen Weg weiß, wie dauernd eine gesunde Erneuerung der Kräfte stattfinden kann, offen bekennt, daß die Demokratie im Organisationsleben der Arbeiter versagt.“ Nun bedürfen wir wirklich nicht des Herrn Prof. Heyde, um auf das Demokratieproblem in der Gewerkschaft aufmerksam gemacht zu werden. Die Gewerkschaften befassen sich im Gegenteil mit dieser Frage schon seit langer Zeit und sind nie böse gewesen, wenn sie auch außenstehende Personen zu beantworten versucht haben. Nur halten wir es für bedenklich, einen so allgemeinen und schwierigen Fragenkreis im engsten Zusammenhange mit einer ganz praktischen, mehr technischen Frage wie der des Wahlverfahrens für Arbeitervertreter in öffentlichen Körperschaften zu behandeln. Ein solches Verfahren muß natürlich zu Mißverständnissen führen, über die sich nachher Heyde zu Unrecht beklagt. Sachlich aber ist zu Heydes Ausführungen zu sagen, daß das Demokratieproblem doch schon wissenschaftlich geklärt ist, als er zu wissen scheint. Wir empfinden heute „Bureaukratie“ schlechthin nicht als unvereinbar mit „Demo-

kratie“. Wir möchten Heyde hier auf die Ausführungen seiner Kollegen, des Prof. Alfred Weber, hinweisen. Weber findet, daß die „unequalitäre Demokratie“, d. h. die mit einem im weitesten Sinne des Wortes indirekten Vertretersystem arbeitende, bei der demokratischen Organisation großer Menschenmassen unvermeidbar, und darum statt abzulehnen, auszubauen sei. Wir können hier das Problem natürlich nicht ausschöpfen. Nach dem augenblicklichen Stand der Literatur auf diesem Gebiete muten die Formulierungen Heydes etwas naiv an.

Es mag der Proben genug sein. Wir haben die besten Köpfe der bürgerlichen Wissenschaft herangezogen. Wenn diese schon zu solchen Schlüssen kommen, was soll man erst zu den Vertretern dieser Gattung sagen. Die Arbeiter und Angestellten haben jedenfalls auf eine Hilfe von dieser Seite nicht zu hoffen. Sie müssen sich auf ihre eigene wissenschaftliche Forschung verlassen.

Das Familienlohnsystem

Einem Bericht über Familienlöhne, der auf Grund der von Landeszentralen zur Verfügung gestellten Angaben zusammengestellt wurde und in seiner Gänze in der offiziellen Monatschrift des IOB. zur Aufnahme gelangen wird, entnehmen wir folgendes:

Das System der Familienlöhne findet in folgenden Ländern Anwendung: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Jugoslawien, Lettland, Holland, Oesterreich, Polen, Rumänien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. In öffentlichen und privaten Betrieben wird dieses System angewandt in Belgien, Deutschland, Frankreich, Jugoslawien, Holland, Oesterreich, Polen, Rumänien und in der Tschechoslowakei; nur in öffentlichen Betrieben in Bulgarien, Dänemark, Lettland und der Schweiz.

Deutschland. Der IOB. bemerkt, daß eigentlich nur noch, abgesehen von den Eisenbahnern und Gemeindefacharbeitern, in der Metall- und in der chemischen Industrie in einigem Umfang Soziallöhne gezahlt werden. Aber auch hier sei der Umfang im Verhältnis zum Gesamtumfang der Industrie sehr gering. Belgien. Es besteht eine große Anzahl von Rassen, denen 773 Unternehmungen mit 250 000 Arbeitern angeschlossen sind. Im Jahre 1925 wurde ein Betrag von 28 Millionen Franken an Familienzuschläge ausgezahlt. Frankreich. In der Zeit vom Juni 1925 bis Mai 1926 betrug die Gesamtzahl der Arbeiter in öffentlichen und Privatbetrieben, die einen Familienzuschlag erhielten, 3,6 Millionen. Holland. Familienzuschläge werden bezahlt vom Reich, von 6 Provinzen und 41 Gemeinden sowie einzelnen Industrien. Rumänien. Mit Ausnahme der Staatsbetriebe ist das System der Familienlöhne nur noch in den Bergwerksunternehmungen durchgeführt. Tschechoslowakei. Das System der Familienlöhne ist zwar in öffentlichen und privaten Unternehmungen eingeführt, jedoch keineswegs allgemein.

Freie Vereinbarung oder gesetzliche Bestimmungen. Freie Vereinbarung: Belgien, Deutschland (Privatindustrie), Jugoslawien, (Privatindustrie), Lettland (Privatindustrie), Holland, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei (Privatindustrie). Gesetzliche Bestimmungen: Bulgarien, Dänemark (öffentliche Betriebe), Deutschland (d. h. durch die Behörden), Frankreich, Jugoslawien (öffentliche Betriebe), Lettland (öffentliche Betriebe), Oesterreich, Tschechoslowakei (öffentliche Betriebe).

Bezahlung aus einem für diesen Zweck errichteten Fonds oder vom individuellen Unternehmer. Spezieller Fonds: Belgien, Frankreich. Individuell: alle anderen Länder.

Auf die Frage, ob die Unternehmer eine spezielle Aktion für Familienlöhne führen, wurde, mit Ausnahme von Belgien, von allen Landeszentralen eine verneinende Antwort gegeben. Holland teilte mit, daß nicht die Unternehmer, sondern die katholische und christliche Gewerkschaftsbewegung Aktionen für Kinderzulagen führen.

Standpunkt der dem IOB. angeschlossenen Organisationen hinsichtlich der Familienlöhne. Belgien: die Gewerkschaftskommission hat Ende 1928 einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet und die sozia-

Auch Deine Familienangehörigen, Nachbarn und Bekannten, die in der Tabakindustrie tätig sind, mußt Du für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband gewinnen!

istliche Kammerfraktion ersucht, diesen dem Parlament zu unterbreiten. In dem Entwurf wird kein Familienzuschlag im üblichen Sinne verlangt, sondern ein vom Lohn unabhängiger Zuschlag. Es handelt sich hier sonach um eine Erweiterung der sozialen Fürsorge.

Deutschland, Holland, Jugoslawien, Oesterreich und Rumänien erklärten sich entschieden gegen das System der Familienlöhne.

Lohn- und Tariffbewegungen

Aus der Zigarrenindustrie

Der RDZ. baut vor

Obwohl die Schlichtungsverhandlungen über die Lohn- und Tariffdifferenzen in der Zigarrenindustrie am 24. März im Reichsarbeitsministerium beginnen sollen und noch gar nicht feststeht, wie sie ausgehen werden und ob es wieder zu einem Reichstarifvertrag für die Zigarrenherstellung kommt, hat der RDZ. beim Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung die Aufhebung der allgemeinen Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 25. Februar 1925 und der Lohnvereinbarung vom 3. September 1925 beantragt. Außerdem haben seine Bezirksgruppen Sieben und Mitteldeutschland beim Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung den Antrag gestellt, die allgemeine Verbindlichkeit der für sie in Betracht kommenden Bezirkstarifverträge aufzuheben. Es wäre ein Irrtum, wenn der RDZ. glauben sollte, mit solchen Mitteln die Tabakarbeiterchaft einschüchtern und seinen Wünschen gefügiger machen zu können. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie lassen sich nicht bluffen. Sollten die Anträge des RDZ. jedoch mehr als Bluff sein, dann werden die Tabakarbeiter auch das zu parieren wissen. Sie werden ihre Organisation, den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, so stark und mächtig machen, daß der RDZ. sich daran die Zähne ausbeißt wird.

Rundschau

Die Ansprüche auf Wochenhilfe

Vom 1. Oktober 1926 ab sind die Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung über die Wochenhilfe neu geregelt. Danach haben weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate versichert waren, von denen sechs Monate in das Jahr vor der Niederkunft fallen müssen, Anspruch auf diese Unterstützung. An Leistungen werden gewährt: Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel und, falls es erforderlich wird, auch ärztliche Behandlung. Die Kosten der Hebammenhilfe bezahlt die Krankenkasse direkt an die Hebamme. Diese ist nicht berechtigt, eine Zahlung von der Versicherten zu fordern. Die Wöchnerin selbst erhält einen besonderen Betrag von 10 RM zu den sonstigen Kosten der Entbindung. Als Barunterstützung wird **Wochengeld** in Höhe des Krankengeldes, mindestens täglich 0,50 RM, für die Dauer von vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung gezahlt. Außerdem erhalten die Wöchnerinnen für zwölf Wochen ein Stillgeld von mindestens täglich 0,25 RM, vorausgesetzt, daß das Kind gestillt wird. Stellt der Arzt fest, daß die Versicherte innerhalb sechs Wochen entbindet, dann kann bereits vom Tage dieser Feststellung ab **Wochengeld** bezogen werden, wenn das Mitglied keine Lohnarbeit mehr verrichtet.

Nicht nur weibliche Mitglieder der Krankenkassen, auch die Ehefrauen von Versicherten erhalten unter gleicher Voraussetzung **Familienwochenhilfe**. An Leistungen zahlt die Krankenkasse:

1. Hebammenhilfe (die Kosten bezahlt die Krankenkasse direkt an die Hebamme);
2. ärztliche Behandlung, wenn sie erforderlich wird, und Arznei und Heilmittel;
3. einen einmaligen Zuschuß von 10 RM. für Entbindungskosten an die Wöchnerin;
4. **Wochengeld** für 71 Tage je 0,50 RM.;
5. **Stillgeld** für 85 Tage je 0,25 RM., wenn das Kind gestillt wird.

Haben Töchter, Stief- und Pflegetöchter bis zur Entbindung mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft gelebt, so erhalten auch sie diese Leistungen, wenn sie selbst auf Grund eigener Versicherung keine Ansprüche haben.

Zweckmäßig ist es, wenn alle Versicherten vor der Entbindung sich über ihre Ansprüche bei der Krankenkasse erkundigen und sich auch von den Säuglingsfürsorgestellten beraten lassen.

Tabakgewerbliches

Der Tabakaußenhandel im Januar

Im Monat Januar dieses Jahres wurden nach den vorläufigen Ergebnissen des deutschen Außenhandels 69 650 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 16 886 000 RM. eingeführt und 175 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 28 000 RM. ausgeführt. Demgegenüber betrug im Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres die Einfuhr 50 944 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 11 969 000 RM. und die Ausfuhr 229 Doppelzentner im Werte von 41 000 RM.

Verbandssteil

Am 26. März ist der 13. Wochenbeitrag fällig

Statistikarten und Fragebogen

Mit dieser Nummer der Verbandszeitung ist jeder Zahlstelle, die keine Fragebogen erhalten hat, eine Statistikarte zugegangen. Statistikarten und Fragebogen müssen vollständig und richtig ausgefüllt dem Vorstandsvorstand in Bremen spätestens bis zum 7. April zugeschickt werden, und zwar auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder in der Zahlstelle sind. Als Zähltag ist der 26. März zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, denen keine Fragebogen zugeschickt worden sind und die keine Statistikarte erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben auf einer gewöhnlichen Postkarte übermitteln.

Folgende Gelder sind eingegangen:

3. März. Blotho 200,—. Herford 50,—.
 5. Bünde 200,—.
 6. Lübbecke 600,—.
 7. Kl.-Kroßenburg 81,10.
 8. Wiesbaden 80,—.
 9. Lahr 350,—.
 10. Kaiserslautern 100,—. Calw 190,—. Gengenbach 50,—.
 11. Hainstadt 40,—. Mittenburg 200,—.
 12. Heilbronn 300,—. Orsoy 150,—. Kl.-Steinheim 70,—. Ohtau 200,—. Jüterbog 100,—. Mühlhausen 100,—. Würzburg 150,—. Glash 100,—. Mennighüffen 70,—. Heidelberg 200,—. Kirchardt 150,—. Dörnsteinbach 20,—.
 13. Somborn 20,—.
 14. Braunschwalde 100,—. Frankfurt a. M. 50,—. Bielefeld 100,—. Berlin 1000,—. Heidelberg 100,—. Kottbus 50,—. Ulm 80,—. Goldscheuer 70,—. Lauffen 100,—.
 15. Oldenburg 70,—. Schömar 50,—. Diersburg 50,—. Breslau 1000,—. Fränk.-Grumbach 60,—. Regensburg 400,—. Speyer 106,90. Baden-Baden 760,—.
 16. Dresden 1500,—. Soest 50,—. Destrigen 50,—. Hohenheim 500,—. Denzlingen 150,—.
 17. Bremen 400,—. Glauchau 4,75. Bünde 800,—. Nordhennern 100,—.
 18. Hambrücken 80,—. Lübbecke 1250,—.
 19. Marburg 100,—.
 20. Michelsfeld 100,—. Brücken 50,—. Michelbach 140,—.
- Bremen, 22. März. J. Krohn.

Als verloren gemeldet:

- Mitgliedsbuch IV 11 656 Johannes Ditt, geb. 5. 12. 1889 in Harburg, eingetreten am 28. 5. 1920. (97/20. 27.)
 Mitgliedsbuch IV 40 028 Charlotte Lorenz, geb. 3. 2. 1911 in Leipzig, eingetreten am 12. 5. 1925.
 Mitgliedsbuch IV 39 944 Charlotte Verta Langsch, geb. 8. 7. 1906, eingetreten am 7. 2. 1925. (98/21. 27.)
 Mitgliedsbuch III 19 102 Georg Postel, geb. 31. 12. 1878 in Paderborn, eingetreten am 1. 4. 1918. (99/22. 27.)

AMSTERDAMER ROHTABAKHANDEL

Otto Walsten, Hamburg, Steinwiese 6-8

Sumatra Umblatt 8. Länge	von M. 1.40 an verzollt
Sumatra Deckblatt 2. Länge	" " 2.— " "
Brasil gedocht, olattig	" " 1.40 " "
Brasil Deckblatt	" " 2.— " "
Carmen, gr. reißbr. blattiger Tabak	" " 1.20 " "
Java Einlage, sehr blattig	" " 0.90 " "

Verlangen Sie ausführliche Preisliste.

Billige, böhmische Bettfedern

1 Kilo grau, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.— weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenreiche G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße ungeschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhmen.